

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



11.06.2024

Kinderbetreuung in München – gewerbliche Träger mit Betreuungsakten in die städtische Betreuungsfamilie einbeziehen

Das Referat für Bildung und Sport wird beauftragt, dem Stadtrat ein Konzept vorzulegen, bei dem gewerbliche Träger der Kinderbetreuung stadtteildifferenziert mittels eines Betreuungsaktes die Kinderbetreuungsaufgaben für die Landeshauptstadt München übernehmen. Dem Stadtrat ist dabei darzustellen, in welchen Stadtteilen derzeit die „staatliche Kinderbetreuungsaufgabe“, welche eine Betreuung im Sinne einer „Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“ (DAWI) in Sinne des Europarechts erlaubt, nicht vollständig erfüllt wird, damit eine binnendifferenzierte Bedarfsermittlung erfolgen kann.

Begründung

Die Möglichkeit DAWIs europarechtskonform auszuweisen, liegen immer dann vor, wenn staatliche Aufgaben nicht oder nur ungenügend bzw. defizitär erfüllt werden können. Für die Erfüllung solcher Aufgaben, zu denen die Kinderbetreuung auch gehört, kann die Landeshauptstadt München mittels sogenannter Betreuungsakte, EU-wettbewerbsrechtskonform privatgewerbliche Träger mit der Kinderbetreuung beauftragen. Diese Praxis des Betreuungsaktes ist in der Stadt nicht unbekannt, wird er bspw. im Bereich des ÖPNV oder der München Klinik angewandt. Somit könnte die Stadt, die zu erbringenden Leistungen definieren und mit den Trägern detailscharf verhandeln. Dies muss nicht zu 100% Deckung der Kosten führen, jedoch entfielen das Verbot einer „Förderung“ privater Gewinne, da diese, wie beim ÖPNV oder der München Klinik in den Betreuungsakt eingepreist werden können. Eine vertragliche KITA-Gebühr auch für die Eltern, welche ihre Kinder, mangels ausreichender städtischer Plätze, in die Obhut privat-gewerblicher Träger geben müssen, wäre somit erreichbar. Durch eine Analyse der Daten zur Versorgungslage in den Stadtteilen ist es möglich, die Bedarfe eindeutig und detailscharf zu ermitteln. Die für die Umsetzung des Defizitausgleichsverfahrens benötigten Stellen und jene im Stadtjugendamt, zur zusätzlichen Berechnung der vielen Anträge auf wirtschaftliche Jugendhilfe, könnten für die Verhandlungen mit den Trägern zielführender eingesetzt werden.

Beatrix Burkhardt (Initiative)

Stadträtin

Hans-Peter Mehling

Stadtrat

Matthias Stadler

Stadtrat

Alexandra Gaßmann

Stadträtin